

KURZ NOTIERT

von Kerstin Schiele/Eva Fuhrmann

Die Autorinnen sind Doktorantinnen an der Abteilung für Südostasienwissenschaft der Uni Bonn.

Der 12. Nationalkongress der Kommunistischen Partei Vietnams

Vom 21. bis 28. Januar 2016 fand der zwölfte Nationalkongress der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) statt. Im Laufe des Parteitags wurden die 180 Mitglieder des elften Zentralkomitees der KPV gewählt, die während ihrer ersten Sitzung die Mitglieder des Politbüros wählten und auch den Posten des Generalsekretärs und des Premierministers besetzten. In dem Einparteiensystem ist die Zusammensetzung des Politbüros von entscheidender Bedeutung: Hier werden die Entschei-

dungen über die Besetzung der höchsten Ämter des Regierungsapparats getroffen und die Leitlinien der Politik beschlossen.

Für das Amt des Generalsekretärs der KPV gab es zwei Kandidaten: den bisherigen Generalsekretär Nguyen Phu Trong und den derzeitigen Premierminister Nguyen Tan Dung. Während Dung für die Weiterführung der Liberalisierung der Wirtschaft steht, erwartet man von dem als konservativ geltenden Trong eine langsamere Gangart und eine Ori-

entierung nach China. Letztendlich konnte Nguyen Phu Trong die Wahl für sich entscheiden.

Für den als Reformier geltenen Nguyen Tan Dung, der bereits zwei Amtsperioden als Premierminister hinter sich hat und somit nicht wieder für den Posten kandidieren darf, ist damit die offizielle politische Karriere beendet.

Süddeutsche Zeitung 21.1.2016

Nytimes.com 18.1.2016

dangcongsan.vn 22.1.2016

Radio Free Asia 27.1.2016

Ungleichheit steigt in den Städten

Aufgrund der Einführung der Erneuerungspolitik und der damit einhergehenden Liberalisierung der Wirtschaft konnte in Vietnam im Laufe der letzten dreißig Jahre die extreme Armut stark reduziert werden, sodass Vietnam von der Weltbank bereits 2010 als Land mit »mittlerem Einkommen« klassifiziert wurde. Für Vietnam bedeutet das lediglich, dass es BürgerInnen gibt, die sehr reich geworden sind, aber der größte Teil der Bevölkerung nach wie vor ein sehr geringes Einkommen hat.

Die wachsende Mittel- und Oberschicht steigert den Bedarf

an sogenannten »gated communities«, abgeschotteten Enklaven innerhalb einer Millionenstadt wie Hanoi, in denen sie unter sich sind und eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Infrastruktur vorfinden. Bereits zu Beginn der 2000er Jahre wurde ein 300 Hektar großes Areal im Nordwesten Hanois, bekannt als Ciputra International Complex, von einem indonesischen Großkonzern fertiggestellt. Diese abgeschlossenen und bewachten Enklaven fördern nicht nur soziale, sondern auch räumliche Disparitäten innerhalb Hanois.

Weitere solcher Projekte sind in Hanoi geplant. Der noch im Bau befindliche Ecopark im Osten der Stadt erstreckt sich über 500 Hektar und öffnete bereits einen Abschnitt: »Palm Springs«. Der Bau dieses Großprojektes ist immer wieder von Protesten der dort ansässigen Bevölkerung begleitet worden, die zum Beispiel eine angemessenere Kompensation für ihnen entzogene Landnutzungsrechte forderten.

The Guardian 22.1.2016

Menschenrechtsaktivist erneut inhaftiert

Der Rechtsanwalt, Journalist und Blogger Nguyen Van Dai war bereits von 2007 bis 2011 wegen »Propaganda gegen die Sozialistische Republik Vietnam« inhaftiert und bis März 2015 unter Hausarrest gestellt worden. Nach seiner Entlassung wurde der Gründer des Komitees für Menschenrechte in Vietnam nun im Dezember 2015 erneut verhaftet.

Laut Human Rights Watch ist die Zahl der politisch motivierten Verurteilungen 2015 zwar

zurückgegangen, die Organisation wertet das aber als eine Strategie, um die Verhandlungsbasis für Wirtschaftsabkommen wie die TPP (Transpazifische Partnerschaft) zu verbessern.

Die erneute Verhaftung Nguyen Van Dais rief internationales Bestürzen hervor. So forderten der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, sowie der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfrak-

tion, Volker Kauder, die vietnamesische Regierung auf, Nguyen Van Dai und andere politische Gefangene freizulassen. Es bleibt zu hoffen, dass die Situation der AktivistInnen bei weiteren internationalen und bilateralen Wirtschaftsverhandlungen mit berücksichtigt wird.

Deutsche Botschaft Hanoi

CDU/CSU Fraktion im Deutschen

Bundestag 18.12.2015

Newsweek 22.12.2015